

# „Keine Auswirkungen“ der Pumpversuche“ der Waibstadt

Waibstadts Bürgermeister glaubt nicht an eine Beeinträchtigung der Grundwasserversorgung von Waibstadt und Neidenstein

**Waibstadt.** (cla) Die nicht unumstrittenen Pumpversuche des Getränkeherstellers „Naturella“ (die RNZ berichtete mehrfach) wurden jetzt auch bei der Verbandversammlung des Zweckverbandes Wasserversorgungsgruppe „Untere Schwarzbach“ im Bürgersaal des Waibstadter Rathauses angesprochen: Neidensteins Gemeinderat Ludwig Kreß erkundigte sich nach dem Brunnenaufbau der Waibstadter Firma und dessen Einfluss auf den Grundwasserspiegel der Gemeinden.

Verbandsvorsitzender Joachim Locher erläuterte, dass sich das Grundwasser für die Versorgung der Bürger in einer Tiefe von 30 bis 90 Metern befände. Das Wasser, das von Naturella geborgen werde, liege in einer Tiefe von rund 200 Metern, so der Waibstadter Bürgermeister weiter, und stehe wegen verschiedener Gesteinsschichten nicht mit dem Grundwasser in Verbindung. Locher glaubt, dass sich „keine Auswirkungen auf das Grundwasser der Gemeinden Waibstadt und Neidenstein ergeben“. Der ein Jahr dauernde Pumpversuch sei genehmigt worden, um genau solche Auswirkungen zu überprüfen.

Baumamtseiter Bernd Kiermeier führte aus, ihm sei aus Neidenstein mitgeteilt worden, dass dort ein weiteres Baugebiet im Bereich „Epfenbacher

Berg“ angedacht ist. Aus diesem Grund sei eine Messung des Wasserdrucks erfolgt und man habe hierbei bemerkt, dass in bestimmten Bereichen der Druck ausreichen, jedoch nicht in allen Bereichen sichergestellt werden könne. Daher müsse auf eine hydraulische Neuberechnung Wert gelegt werden. Eine Druckerhöhung müsste dann möglicherweise erfolgen.

Zahlen über Zahlen prägten die Sit-



Dieses Stück Rohr markiert die Stelle, an der Naturella das Wasser für seine Schorle-Produkte gewinnen will. Foto: Christian Laier

zung. Verbandsvorsitzender Locher teilte dem Gremium mit, dass das Rechnungsjahr 2015 mit einem Verlust abgeschlossen wurde. Der Jahresverlust betrug 251 327 Euro. Im Jahr 2016 betrug der Verlust dann 160 245 Euro. Der Verlustvortrag betrug somit zum Ende des Jahres 2016 insgesamt 738 603 Euro. Die Verbandsversammlung stimmte den Jahresabschlüssen 2015 und 2016 einstimmig zu. Locher erinnerte daran, dass aufgrund der in den Jahren 2015 und 2016 entstandenen Jahresverluste im Jahr 2017 beschlossen worden war, den Wasserpreis entsprechend zu erhöhen.

Locher stellte den Doppelhaushalt 2017/2018 vor: „Wegen der Personalsituation im Kämmeramt konnte der Wirtschaftsplan erst zu diesem Zeitpunkt erstellt werden“, erklärte er die verspätete Beschlussfassung. Künftig soll der Wirtschaftsplan wieder als Zukunftswerk am Anfang des Jahres erstellt und vorgelegt werden. Die Versammlung beschloss den Wirtschaftsplan einstimmig.

Der Erfolgsplan 2017 besteht aus Aufwand und Ertrag jeweils in Höhe von 1 049 700 Euro. Der Vermögensplan 2017 besteht aus Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils 368 000 Euro. Der Erfolgsplan 2018 besteht aus Aufwand und

Ertrag jeweils in Höhe von 1 061 100 Euro. Der Vermögensplan 2017 besteht aus Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils 259 000 Euro.

Der Gesamtbetrag der im Vermögensplan vorgesehenen Kreditaufnahmen wurde im Wirtschaftsjahr 2017 auf 205 000 Euro und im Wirtschaftsjahr 2018 auf 95 000 Euro, somit auf insgesamt 300 000 Euro festgesetzt. Eine Umlage von den Verbandsgemeinden wird in den Wirtschaftsjahren 2017 und 2018 nicht erhoben.

Waibstadts Stadtrat Kurt Lenz teilte mit, dass ihm im Wirtschaftsplan aufgefallen war, dass im Bereich der eigenen Wassergewinnung für Neidenstein vom Jahr 2015 auf das Jahr 2016 ein starker Rückgang zu verzeichnen war und er kündigte sich, woran dies liegen könnte. Der technische Leiter Bernd Kiermeier antwortete, dass viele Aspekte diesem Rückgang zugrunde liegen können: Unter anderem sei die Anzahl der Rohrbrüche ausschlaggebend und wie viel Wasser hier jeweils verloren gegangen sei. Außerdem sei ein Pumpenausfall im Pumpwerk Michelbach zu verzeichnen gewesen.

Waibstadts Stadtrat Matthias Bleick schlug vor, die Grundgebühren zu erhöhen, weil sie im Vergleich zu anderen Kommunen und Verbänden gering sei.